Brennpunkt Sicherheitspolitik

Auf zwei außen- und sicherheitspolitischen Konferenzen in Berlin diskutierten Experten über die Lage in Russland und China.

Die größten Gefahren für die russische Sicherheit kommen nicht von außerhalb Russlands, sondern ergeben sich aus der inneren Situation des Landes. Dies war ein Ergebnis der hochrangigen deutsch-russischen Sicherheitskonferenz, welche die Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Titel „Die Nato und Russland – Strategische Partnerschaft oder Kooperation“ in Berlin organisierte. Dabei äußerten sich die russischen Teilnehmer – Abgeordnete der Duma, Sicherheitsberater des Präsidenten und militärische Experten – sehr pessimistisch über die weitere Entwicklung Russlands:

- In den nächsten fünf Jahren werden über sechzig Prozent der lebenswichtigen Industrieanlagen älter als 25 Jahre sein und sind damit – aufgrund fehlender Wartung und Erhaltung – vom akuten Zerfall bedroht. Gefährliche Zwischenfälle in Reaktoren oder in Chemiefabriken werden ständig zunehmen.
- Allein im Jahr 2003 wird Russland Auslandsschulden in Höhe von 17 Milliarden Dollar im Rahmen der Vereinbarungen des sogenannten „Pariser Clubs“ zurückzahlen müssen.
- Weitere Gefahren liegen für Russland in der Ausbreitung des islamischen Extremismus in Zentralasien, im Terrorismus und in den Entwicklung an Russlands fernöstlichen Grenzen, wo gerade der langfristige Kurs Chinas mit erheblichen Fragezeichen behaftet ist. Hinzu kommt das Problem der organisierten Kriminalität.
- Demgegenüber fühlt sich Russland von der Nato nicht mehr bedroht. Auch haben die durch den Kosovokrieg ins Stokken geratenen guten Beziehungen zwischen Russland und der Nato mittlerweile wieder den Stand vor Beginn der Bombenangriffe auf Serbien erreicht.
- Heftig umstritten waren die amerikanischen Pläne zum Aufbau einer Raketenabwehr. Während die russischen Teilnehmer das Projekt strikt ablehnten, wurde von deutscher Seite gefragt, ob der Wunsch nach dem Schutz des eigenen Territoriums vor Raketenangriffen nicht legitim sei. Auch dürften die europäischen Nato-Mitglieder die Idee der Raketenabwehr nicht einfach ablehnen, da man dadurch jeglichen Einfluss auf die Pläne Washingtons verlieren würde.
- Im Bereich der Rüstungskontrolle gibt es bei allen unbestreitbaren Fortschritte noch wechselseitige Vorwürfe. So haben die Nato-Staaten den angepassten Vertrag über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KSE) noch nicht ratifiziert, da Russland etwa im Nordkaukasus weit mehr Waffen und Soldaten stationiert hält als vertraglich zugestanden. Russland weist im Gegenzug darauf hin, dass der Fortgang der Nato-Erweiterung oder die verteidigungspolitischen Pläne der EU eine neue Realität in Europa schaffen würde. Darauf habe die Rüstungskontrolle noch keine Antwort gefunden.

China verfolgt weiterhin einen harten Kurs gegenüber Taiwan

Ein ernsthaftes Streben Taiwans nach Unabhängigkeit würde von China mit dem Einsatz von Waffengewalt beantwortet werden – ungeachtet der Konsequenzen, die ein solcher militärischer Konflikt in Asien nach sich ziehen könnte. Dies war ein Ergebnis der hochrangigen deutsch-chinesischen Sicherheitskonferenz, welche die Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Titel „Asiatische und europäische Sicherheitspolitik: Gemeinsamkeiten und Streitpunkte“ in Berlin organisierte. Dabei äußerten sich die chinesischen Teilnehmer – Mitglieder des Volkskongresses, Diplomaten, sicherheitspolitische Experten und Militärs – zu verschiedenen Aspekten der Sicherheitslage in Asien:

- Den USA wurde vorgeworfen, mit gezielten Waffenverkäufen an Taiwan die Kräfte zu unterstützen, die sich einer „friedlichen Wiedervereinigung Chinas“ entgegenstellen. Dies sei eine unakzeptable Einmischung der Vereinigten Staaten. Dem hielten deutsche Teilnehmer entgegen, dass die USA ein stabilisierender Faktor in Asien seien, ohne den die Stabilität in dieser konfliktreichen Region nicht aufrecht erhalten werden könnte.
- China will sich in den kommenden Jahren vordringlich auf den wirtschaftlichen Aufbau des Landes konzentrieren und kann sich deshalb nicht in teure Rüstungskonkurrenzen einlassen. China benötige für die eigene Entwicklung vor allem Stabilität und Frieden. Deutsche Teilnehmer wiesen aber darauf hin, dass China nach wie vor 2,4 Millionen Soldaten unter Waffen halte und gleichzeitig eine Modernisierung der Streitkräfte anstreben würde.
- Die amerikanischen Pläne einer Raketenabwehr wurden von den chinesischen Experten heftig kritisiert, da dies das prekäre Gleichgewicht in Asien zerstören würde. China würde mit entsprechenden Gegenmaßnahmen reagieren, um die Bedeutung des eigenen Raketenarsenals zu bewahren.
- Anders als Europa, wo primär innerstaatliche Konflikte die Sicherheitslage bestimmen, ist der asiatische Raum von einer Vielzahl von zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen gekennzeichnet (Spratley-Inseln, Korea, Kaschmir, Taiwan, Kurilen). Angesichts dieser komplizierten Lage plädierten deutsche Teilnehmer für ein multinationales Diskussionsforum in Asien, wie es seit Mitte der siebziger Jahre die KSZE (später OSZE) in Europa gewesen ist. Dadurch könnte in zentralen außen- und sicherheitspolitischen Fragen schrittweise eine allseits akzeptable Einigkeit erzielt werden. China unterstützt diesen Gedanken im Grundsatz, lehnt aber ein geografisch allzu weit gefasstes Forum ab, da es in Asien zu viele ideologische Richtungen, Kulturen und Religionen gäbe, um unter einem Dach zusammenfasst zu werden. Statt dessen sollten immer nur Teilregionen solche Gesprächsrunden führen.
- Als Beispiel für ein sehr erfolgreiches regionales Verhandlungsforum wurden von deutscher und chinesischer Seite die sogenannten „Shanghai-Five“ genannt. Auf Initiative Chinas und Russlands haben sich fünf Staaten getroffen (China, Russland, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan), um bestehende Sicherheitsprobleme aus dem Weg zu räumen. Mittlerweile gibt es bereits zwei konkrete Abkommen der „Shanghai-Five“ – die sich mittlerweile „Shanghai-Forum“ nennen – eines zur militärischen Vertrauensbildung und eines zur Rüstungsbegrenzung in den Grenzregionen.

Karl-Heinz Kamp